

# Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Winter 2008/09

## Die Stadt, ihre Kinder und das Geld

**In die Zukunft der Kinder und Jugend müsse investiert werden: So tönt jeder Politiker zwischen hier und dem Bundestag. Wenn es aber an die Umsetzung dieser hervorragenden Idee geht, ist das benötigte Kleingeld plötzlich und unerwartet bereits in anderen Kanälen verschwunden.**

Und in Wiesbaden weigert sich die CDU/Grüne/FDP-Mehrheit beharrlich die Personalausstattung der Kitas zu verbessern. Stattdessen beauftragt der Magistrat (nicht zum ersten Mal) die Anwaltskanzlei „PricewaterhouseCoopersLegal“ mit einem „Gutachten“, das Zehntausende von Euros kostete. Die Kanzlei empfiehlt: Überführung der städtischen Kindertagesstätten mit über 770 Beschäftigten in eine Stiftung öffentlichen Rechts zwecks weitgehender Ausschaltung öffentlicher Kontrolle.

Dabei hört sich das Wort Stiftung zunächst mal sehr mildtätig an, täuscht aber über den Zweck hinweg: Sind die KiTas nämlich erst mal von öffentlicher Kontrolle befreit, kann man sie sehr viel einfacher betriebswirtschaftlichen Forderungen unterwerfen und dem Einfluss privater Investoren den Weg ebnen.

Die Linke Liste befürchtet eine Verschlechterung der Qualität der pädagogischen Arbeit in den KiTas, durch Abbau regulärer Arbeitsplätze und durch Einsatz von Leiharbeit und 1-Euro-Jobs. Auch die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Einrichtungen als wichtiger Ort für Bildung und Erziehung könnte leiden und damit Kinder, Eltern, Beschäftigte und die meisten Bürger/innen. Die Linke Liste unternimmt deshalb alles in ihren Kräften Stehende um die Umsetzung der Ausgliederungspläne und des „Gutachtens“ zu verhindern. So fragwürdig das „Gutachten“ ist, so überstürzt soll es umgesetzt werden: Nämlich am Jugendhilfeausschuss vorbei, weshalb die Linke Liste das Verwaltungsgericht anrief. Das Gericht folgte nicht dem Antrag der Fraktion die Magistratsvorlage zur Erarbeitung von Umsetzungsvorschlägen von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung abzusetzen, bestätigte aber:

*„Durch ... § 6 Abs. 7 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches ergibt sich ... die bindende rechtliche Verpflichtung, diesen Ausschuss (den Jugendhilfeausschuss, d.R.) frühzeitig mit den entsprechenden Planungs- und Entwicklungsvorhaben zu befassen. Entgegen dieser verbindlichen*

## Zustimmung der SPD erkaufte?!

Wie eine der Linken Liste vorliegende Vereinbarung zwischen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD belegt, ist die Haltung der SPD zu einer Ausgliederung der städtischen Kindertageseinrichtungen offenbar durch die Wahl des SPD-Mannes Arno Goßmann zum Sozialdezernenten erkaufte. Den Preis dafür sollen nun die Kinder und deren Eltern bezahlen? Um die SPD zu einer eindeutigen Erklärung zu bringen, dass sie einer Ausgliederung der städtischen Kindertagesstätten aus dem Amt für soziale Arbeit nicht zustimmen wird, bedarf es offensichtlich weiterhin Druck von links und von der Elternschaft und der Belegschaft.

## Aus der Vereinbarung von CDU/GRÜNEN/FDP und SPD:

„ [...]

3. Kinderbetreuung SGB VIII, § 22ff

Als organisatorische Alternativen werden folgende Organisationsformen betrachtet:

Eine Stiftung, gesteuert über einen Stiftungsrat; die Stiftung wird von Seiten der Stadt mit den notwendigen Mittel ausgestattet werden;

zusätzlich geprüft wird der Eigenbetrieb als Alternative;

ein eigenes Amt; ...“

Über die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Wiesbaden

Seiten 1–2

Die Linke Liste fragt – der Magistrat ... antwortet (nicht)

Seite 2

Fatih: Neue Partnerstadt – Ocotal: im Regen stehen gelassen

Seite 3

Leserbriefe, für dieim Kurier kein Platz war (Auswahl)

Seite 3

Immer weiter so? Die gefährlichsten AKW-Störfälle vor und nach Tschernobyl

Seiten 4–5

Kohle und Kraftwerk: Bürgerwille, Stadtverordnete und Herr OB

Seite 5

Du sollst nicht lechts und rinks velwechtern! Über den Umgang mit Neonazis und deren Gegnern

Seite 6

Zuschüsse für Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten

Seite 7

Linke Liste im Wiesbadener Seniorenbeirat vertreten

Seite 7

Vom Zeitungssterben und dem bisschen Umweltbelastung

Seite 8



Jürgen Becker, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden  
Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

## Termine

**Öffentliche Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung:**  
12. Februar; 26. März;  
14. Mai; 2. Juli; 17. September;  
19. November; 17. Dezember 2009

**Fraktionssitzungen**  
der Linken Liste Wiesbaden:  
Regelmäßig Montag abends in den  
„Sitzungswochen“.  
Nähere Infos im Fraktionsbüro,  
Rathaus, Zimmer 305,  
Telefon 315426,  
Fax 315917

**Vollversammlungen**  
der Wählergruppe Linke Liste  
jeweils 19 Uhr,  
Café im Hilde-Müller-Haus, 3. Stock:  
21. Januar (im „Infoladen“!); 4. März;  
22. April; 27. Mai; 8. Juli; 26. August;  
30. September; 28. Oktober;  
25. November; 16. Dezember 2009

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
2 Winter 2008/09

Rechtsvorgabe ist dies offensichtlich bislang nicht erfolgt.“

Der Jugendhilfeausschuss aber könnte jetzt beispielsweise ein weiteres Gutachten beauftragen,

ggf. zum Thema „Effektive Weiterführung der Kindertageseinrichtungen im Amt für soziale Arbeit“.

## Wofür stehen die Grünen?

Die Mitgliederversammlung der Grünen hat sich am 5. Dezember 2008 endlich gegen die Ausgliederung der Kindertagesstätten in Stiftung, Eigenbetrieb oder GmbH ausgesprochen. Die Fraktion hält aber bislang weiterhin an einer Ausgliederung aus dem Amt für soziale Arbeit fest. Dabei hatte ihre Partei nur zwei Wochen zuvor ein viel versprechendes Hearing veranstaltet, dessen Ergebnis ganz klar lautete: Es gibt keine sachlichen, pädagogischen Gründe für die Ausgliederung aus dem städtischen Amt, in dem sie seit Jahrzehnten sind.

Die Linke Liste teilt die Auffassung der Gewerkschaft ver.di, des Personalrats und des Städtelternbeirats der Kindertagesstätten und wird weiter Druck machen für ein Umdenken in der Grünen-Fraktion. Eine organisatorische Neuausrichtung ist, wie z.B. die Auszeichnung der Kita Breckenheim als hessenweit erste Kita mit Bewegungsgütesiegel zeigt, nicht notwendig. Eine Verbesserung der Personalausstattung hingegen sehr wohl. Da wären die städtischen Mittel besser investiert als in fragwürdigen Gutachten.

## Die LiLi fragt – der Magistrat ...

### Zur Stadtverordneten-Versammlung am 25.9.08 gab es z.B. von Seiten der Linken Liste die Fragen ...

... des **Stadtverordneten Hartmut Bohrer** nach Konsequenzen von wiederholtem Fehlverhalten von Fahrern von Privatfirmen für Auftrags-Fahrten der ESWE-Verkehr. (Der Bus hatte laut Presse am 8.09.08 – nicht zum ersten Mal – die falsche Route genommen und Schulkinder statt an der Haltestelle an einem gefährlichen Punkt der B 455 abgesetzt.)

Als „Antwort“ verlas Stadtrat Pös eine Deklaration der ESWE-Verkehr: „Auf sehr hohem Niveau“ werde z.B. „die Optimierung des bei ESWE-Verkehr eingesetzten Beschwerde-Management-Systems zur Bearbeitung von Kundenanliegen neu definiert, um Antwortzeiten zu verkürzen und die inhaltliche Qualität der Antwortschreiben zu verbessern.“

### Ob das den versäumten Unterricht versprengter Kinder ersetzen kann?

... des **Stadtverordneten Jürgen Becker** nach Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität von „MattiAqua“ und der städtischen Bäder und Freizeiteinrichtungen bezüglich Unterbesetzung (z.B. in der Verwaltung) und fehlenden Inventars (v.a. im Hallenbad Mainzer Straße).

Dazu fabulierte Dr. Müller: „Ich verstehe nicht, wie die Bäder und Freizeiteinrichtungen gefährdet sein sollen, (...) wir ergreifen eine Vielzahl von Möglichkeiten, (...) z.B. Beteiligung an der Wiesbadener Wasserwoche, (...) Aktion am Vatertag, (...) Kooperationen mit Kinderfesten, (...) Wandgestaltung Hallenbad Kostheim und Maarau. Aktuell wird ein (...) Flyer erstellt, der den Bekanntheitsgrad von Mattiaqua sicherlich noch steigern wird ...“

Werbeblätter seien den Touristen ja gegönnt, wir Einheimische aber kennen unsere Freizeit-Ein-

richtungen und interessieren uns mehr für deren Öffnungszeiten und Bezahlbarkeit!

... der **Stadtverordneten Mechthilde Coigné** bezüglich der Spekulationen über die Nachfolge-Spielstätte der Brita-Arena und daraus folgender evtl. Einschränkungen für Hunderte von Schul- und Vereinssport-Aktiven.

Hier bezweifelte unser OB, „... dass der Schul- und Vereinssport in seinen Möglichkeiten eingeschränkt oder behindert würde.“

Er sollte doch gelegentlich mal bei den Betroffenen nachfragen, welche Einschränkungen an der Berliner Straße bereits der Wegfall eines Sportfeldes durch den Bau der Brita-Arena von ihnen täglich verlangt ...

### Hieß Demokratie aber nicht irgendwann mal „Volksherrschaft“? Mittlerweile fühlt es sich aber oft genug eher an wie „Magistrats-Willkür“ ... oder?

## ... antwortet (nicht)

### AG Gesundheit und Umwelt bei LiLi

Damit die klammheimlichen Gesundheitsgefahren (nicht nur) in Wiesbaden ein bisschen mehr Öffentlichkeit erfahren, hat sich jetzt bei der LiLi-Rathausfraktion eine neue Arbeitsgruppe mit dem Namen „Gesundheit und Umwelt“ gegründet: MitarbeiterInnen, SympathisantInnen, Interessierte etc. sind herzlich willkommen!



## Fatih

Schön, dass Wiesbaden Partnerstädte hat: Insgesamt zwölf (zuzüglich einer Patenschaft mit den Vertriebenen aus Karlsbad). Einige liegen in Deutschland, die meisten in Europa, zwei sogar in anderen Erdteilen. Manche sprechen deutsch, die meisten nicht. Ein paar sind reich und eine bettelarm: Freunde sind sie jedoch alle und das ist gut!

Schön auch, dass der Kreis der Partnerstädte erweitert wird und dass es dieses Mal eine Stadt aus der Türkei treffen soll, unserem wichtigsten Einwanderungsland: Fatih heißt sie, Teil der Altstadt Istanbul (WK 4. Sept. 08). Das wird ein Fest werden – vielleicht schon vor 2010! Und Wiesbaden wird seinen Beitrag dazu mit Freuden leisten: Willkommen Fatih, in unserem Freundeskreis!

Schade, dass der Wiesbadener Beitrag unsere Partnerstädte nicht immer gefunden hat: Offenbar gibt es unter diesen gleiche und gleichere. Und ausgerechnet die mit Abstand kleinste und ärmste Partnerstadt scheint die allergeleichste zu sein!

Ocotal in Nicaragua (Mittelamerika) ist v.a. durch Armut der meisten EinwohnerInnen, Erwerbslosigkeit (mindestens 55 %) und rasender Zuwanderung entwurzelter LandbewohnerInnen (Globalisierung) geprägt. 2007 kamen noch eine ganze Reihe Tropenstürme hinzu (Klimakatastrophe) mit schweren Überschwemmungen und Zerstörungen der allerärmsten Stadtteile. Daraufhin rief Ocotal um Hilfe – natürlich auch die reiche Partnerstadt Wiesbaden.

Und Wiesbaden? Raffte sich unter der Flagge Jamaikas nicht mal zu einem einzigen Cent auf, war sogar zu feige für eine Absage, ließ den armen Partner hilflos im Sturmregen zurück! Und private Hilfsorganisationen (wie *Nueva Nicaragua*) mussten sammeln gehen, um das geplagte Ocotal wenigstens mit einem kleinen Schärflin zu bedenken – auch die Linke Liste trug selbstverständlich bei.

Wir wünschen jedenfalls Fatih ein besseres Schicksal als Ocotal. Und für den frommen Teil Jamaikas zitieren wir: „Was du dem geringsten meiner Brüder getan, das hast du mir getan.“

Wohnbereiche der armen Bevölkerung in Ocotal nach den verheerenden Unwettern 2007.

### Nueva Nicaragua Verein zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Freundschaft e.V.

Postfach 5806, 65048 Wiesbaden  
info@nueva-nicaragua-wiesbaden.de  
www.nueva-nicaragua-wiesbaden.de



**Spendenkonto Ocotal: 101 3737 033  
KD-Bank Dortmund (BLZ 350 60190)**

### Wie erreichen Sie die LiLi?

Geschäftsstelle der Fraktion:  
Rathaus, Zimmer 305  
Telefon (0611) 315426  
Fax (06 11) 31 59 17  
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?:  
Mo.–Do.: 10–13 Uhr  
Fr.: 10–12 Uhr  
Mi.: 16.30–18.30 Uhr

Unsere Postanschrift:  
65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Internet:  
www.linke-liste-wiesbaden.de  
www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Diese Zeitung ist kostenlos – wir freuen uns über Spenden:  
Konto 2164 07 023  
Mainzer Volksbank (BLZ 551 900 00)

Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Ausgabe Winter 2008/2009  
Auflage: 8.000  
Gestaltung: Gottfried Schmidt  
V.i.S.d.P.: Hartmut Bohrer



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Winter 2008/09

## Für diese Leserbriefe war leider kein Platz im Wiesbadener Kurier (Auswahl)

**Zum WK-Artikel „Schmerzmittel und Blutfettsenker im Trinkwasser“ vom 25. Juli 2008:**

### Vorsorge angebracht

Immerhin liegt Wiesbaden „nicht im auffälligen Bereich“. Das beruhigt zwar oberflächlich, löst aber nicht das Problem der Gefährdung insgesamt. Denn die aus Unwissenheit oder Bequemlichkeit ins Klo geschütteten Arzneien (regelmäßig 36 Mittel mit Einfluss auf Körper, Geist und Seele) sind wahrscheinlich nur die Spitze eines sehr viel größeren Eisbergs: Viele Belastungsstoffe waren bis vor Kurzem (z.B. perfluorierte Tenside (PFT), Komplexbildner) oder sind bis heute nicht als Parameter zu untersuchenden Stoffe in der Trinkwasserverordnung vorgegeben oder werden durch politische Grenzwerte verharmlost (z.B. PCB, Asbest, PFT). Und die Wechselwirkung zwischen all den vorhandenen und täglich neu hinzukommenden Stoffen untereinander ist allenfalls ansatzweise erforscht. Das Bundesumweltamt empfiehlt daher jetzt dankenswerter Weise die Aufrüstung aller Kläranlagen mit Nano- oder Mikro-Filtration und Aktivkohle-Verfahren: Stadtverordneten-Versammlung, Magistrat und Hessen-Wasser sind also gehalten, diese Maßnahmen zur allgemeinen Gesundheit in Wiesbaden so rasch als möglich durchzuführen.

**Zum WK-Artikel „Hessens Wasser ist nicht mit Uran belastet“ vom 6. August 2008.**

### Unbrauchbare Messmethoden

Die Gefährdungen durch Uran werden gern von Herstellern, Militärs und Politikern heruntergespielt, indem u.a. nur die von außen auf unseren Organismus einwirkende Strahlung betrachtet wird: Diese sog. ICRP-Methode, wird mittlerweile nicht nur vom europäischen Strahlenschutz-Komitee ECRC als unbrauchbar bezeichnet. Dringen nämlich Uranpartikel in den Körper ein (Atemluft, Wasser, Boden, Nahrung, Wunden), potenziert sich deren Gefahr durch: 1. permanente, punktuelle Strahlung auf benachbarte Körperzellen (chronische Niedrigdosenwirkung), 2. chemische Vergiftung (Uran ist ein Schwermetall mit weit höherer Giftigkeit als Cadmium oder Blei), 3. Verstärkung der Wirkung anderer Umweltgifte. Eine unbedenkliche Strahlungsdosis gibt es also nicht, Uran ist auch in kleinsten Dosen brandgefährlich! V.a. finanzielle Machtinteressen (Schadensersatz-Forderungen!) verhindern jedoch Klarheit und Information der Bevölkerung: So darf z.B. die Weltgesundheitsbehörde WHO aus juristischen Gründen nicht über die Gesundheitsfolgen der Radioaktivität forschen oder informieren, da die internationale Atomlobby IAEA das Monopol dafür besitzt und aus o.g. Gründen auf der ICRP-Methode beharrt.



Hartmut Bohrer, Fraktionsvorsitzender  
der Linken Liste Wiesbaden  
Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

# Immer weiter so?

## Die gefährlichsten AKW-Störfälle bis Tschernobyl, 18 gravierende danach:

### 17.9.1957 Majak

in Osjorsk Nähe Tscheljabinsk, asiatischer Ural, heute Russland: Verheerende Katastrophe durch Explosion von 80 Tonnen Atommüll wegen völlig unzureichendem Kühlsystem. Ausmaß der Havarie bis heute nicht bekannt, da bis 1989 verheimlicht, gilt aber als bisher schwerstes nukleares Unglück überhaupt. Das letzte russische Sicherheitsprogramm für Atomanlagen betraf nur sehr wenige Kontrollen und ist 2006 ausgelaufen ...

### 10.10.1957 Windscale (heute Sellafield, Großbritannien):

Brand mit Freisetzung erheblicher Mengen radioaktiven Materials. Auf heute gültiger siebenstufiger internationaler Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) als ernst (Stufe 5) bewertet.

### 13.1.1977 Gundremmingen A

Unfall mit Totalschaden im ersten deutschen Großkraftwerk. Seitdem strahlende Ruine: Ob vom hochradioaktiven Brennelementmüll auch nur ein Gramm entsorgt wurde, ist bis heute nicht bekannt ...

### 28.3.1979 Three Mile Island

bei Harrisburg, Pennsylvania, USA: Partielle Kernschmelze (INES Stufe 5).

### 26.4.1986 Tschernobyl

nahe Prypjat, Ukraine: Super-GAU durch Kernschmelze und Explosion. Zweitschwerste nukleare Havarie und eine der schlimmsten Umweltkatastrophen aller Zeiten. Große Mengen an radioaktivem Material wurden in die Luft geschleudert und befinden sich noch heute in Europa, vor allem den Regionen nordöstlich von Tschernobyl. Insgesamt wurden in Europa etwa 40 % der Gesamtfläche durch Cäsium-137 kontaminiert (mindestens 4 kBq/qm). In Deutschland lagen die Bodenkontaminationen bei bis zu 74 kBq/qm Cs-137. So ist beispielsweise auch heute noch in einigen Regionen Deutschlands, insbesondere im Süden, eine Belastung von Pilzen, Waldbeeren und Wildtieren vorhanden. Der abschließende Report des so genannten „Tschernobyl-Forums“ über den GAU wird von „The other report on Chernobyl (TORCH)“ als mangelhaft kritisiert.

### 9.2.1991 Mihama (Japan):

Signifikante Primärkühlmittellecks.

### 3.4.1991 Shearon Harris (USA):

Fortgeschrittener Materialverschleiß und -bruch.

### 28.7.1992 Barsebäck (Schweden):

Generische Probleme, Sumpfsiebverstopfung. Ähnliche Zwischenfälle in anderen Ländern betrafen wahrscheinlich die meisten Leichtwasserreaktoren der Welt.

### 7.2.1993 Three Mile Island (USA):

(Siehe auch 1979): Eindringenes Fremdfahrzeug zerstörte und beschädigte das Kraftwerk erheblich. Fahrer wurde erst vier Stunden später gefasst.

### 12.5.1998 Civaux-1 (Frankreich):

Signifikante Primärkühlmittellecks (INES Stufe 2).

### 18.6.1988 Tihange-1 (Belgien):

Signifikante Primärkühlmittellecks.

### 27.12.1999 Blayais-2 (Frankreich):

Überschwemmung, herumfliegende Objekte und Trümmer: 1. Aktivierung der nationalen Ebene des internen Notstandsplans in Frankreich (INES Stufe 2).

### Juli 2000 Farley (USA):

Während einer Übung konnten Sicherheitskräfte eine simulierte Kernschmelze nicht verhindern.

### 18.3.2001 Maanshan (Taiwan):

Zwei Stunden totaler Stromausfall.

### 12.8.2001 Philippsburg (Deutschland):

Reaktivitätsrisiken und jahrelange erhebliche Abweichungen und Verletzung von Vorschriften (auch in verschiedenen anderen deutschen AKWs).

### 14.12.2001 Brunsbüttel (Deutschland):

Wasserstoffexplosion.

### 6.3.2002 Davis Besse (USA):

Fortgeschrittener Materialverschleiß und -bruch (INES Stufe 3).

### 29.8.2002 (Japan):

Bis zu 25 Jahre lang massive Datenfälschungsskandale bei 17 Reaktoren der Fa. TEPCO.

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

## 2003 Paks (Ungarn):

Hohe Freisetzung radioaktiver Edelgase, Jod-131, Aerosole.

## 1.3.2005 Kozloduy-5 (Bulgarien):

Reaktivitätsrisiken (INES Stufe 2).

## 25.7.2006 Forsmark (Schweden):

Kurzschluss im Reaktor des Vattenfall-Konzerns, teilweise totaler Stromausfall und kurz vor der Kernschmelze: Schwerster Zwischenfall seit Tschernobyl und Harrisburg.

## 28.6.2007 Krümmel und Brunsbüttel:

Kurzschluss & Feuer in den beiden Vattenfall-AKW's.

## Juli 2008 Tricastin und Romans-sur-Isère (Frankreich):

Uran fließt jahrelang aus defekten Pipelines.

**Übrigens:** Wenn CDU/CSU und FDP längere Restlaufzeiten für Atomkraftwerke ankündigen, meinen sie vor allem **Brunsbüttel, Neckarwestheim 1, Biblis A und B**. Diese vier AKWs (die laut Ausstiegsplan in der nächsten Legislaturperiode vom Netz gehen müssen) sind die ältesten im Land, Spitzenreiter beim Unfallrisiko, besonders verwundbar bei Attentaten, weisen besondere, bauartbedingte Mängel auf, zählen zu Deutschlands störanfälligsten Reaktoren und schneiden bei mehreren Bewertungskriterien deutlich am schlechtesten ab ...

(Quellen: [www.x-tausendmalquer.de](http://www.x-tausendmalquer.de), [www.rebecca-harms.de](http://www.rebecca-harms.de), [www.bbmn.de](http://www.bbmn.de), [www.aktuell.ru/russland/reportagen/wie\\_weltuntergang\\_50\\_jahre\\_atomunfall\\_von\\_majak\\_122](http://www.aktuell.ru/russland/reportagen/wie_weltuntergang_50_jahre_atomunfall_von_majak_122))

## Die Stadtverordneten und deren Zuständigkeiten in Ausschüssen (fett = mit Stimmrecht):

### Hartmut Bohrer:

**Ältestenausschuss**; Gesundheit; Revision; **Schule und Kultur**.  
Mail: [www@hartmutbohrer.de](mailto:www@hartmutbohrer.de)

### Mechthilde Coigné

**Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration; Frauensangelegenheiten; Freizeit und Sport**.

Mail: [coigne.mechthilde@web.de](mailto:coigne.mechthilde@web.de)

### Jürgen Becker

Umwelt und Sauberkeit; Planung, Bau und Verkehr; **Soziales; Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung**.  
Mail: [j.becker-erbenheim@online.de](mailto:j.becker-erbenheim@online.de)

# Der holprige Weg des Bürgerwillens durch die Stadtverordnetenversammlung:

1. Am 30. April 2008 stellte die LiLi in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die Vertreter/innen der Landeshauptstadt anzuweisen, umgehend die Einberufung einer Hauptversammlung der ESWE Versorgung und über diese auch der KMW zu verlangen und dort den Bau des Kohle-Kraftwerkes zu unterbinden. Der Antrag wird abgelehnt: 30 Ja-Stimmen (SPD, Lili, BLW), 43 Nein (CDU, FDP, Grüne(!), 4 Enthaltungen (Rep)
2. Am 25. September 2008 stellten dann die Grünen nach vorheriger innerparteilicher Läuterung einen inhaltlich sehr ähnlichen Antrag, jedoch neu formuliert und um weitere sinnvolle Forderungen ergänzt. Der Antrag wird diesmal mit 44 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Lili, BLW, Rep) gegen 33 Nein-Stimmen (CDU, FDP) angenommen.
3. Ebenfalls am 25. September 2008 stellte LiLi einen Zusatz-Antrag zum Antrag der Grünen, für einen massiven, zügigen Ausbau der regenerativen Energien zu mobilisieren und Protest und Widerstand gegen den Bau des Kohle-Kraftwerkes zu verstärken. Dieser Antrag wird nun wieder auch von den Grünen mit CDU und

FDP abgelehnt (gegen SPD, Lili, BLW, Rep): Die Farbe Grün ändert sich also auch in Jamaica wie bei einem Chamäleon ...

4. OB Müller lehnte „aus rechtlichen Gründen“ den Auftrag der Stadtverordneten-Versammlung vom 25. September 2008 ab.
5. Am 27. Oktober 2008 stellten dann die Grünen ihren Antrag (siehe 2.) erneut und er wurde wieder (siehe 2.) angenommen.
6. ...und OB Müller lehnte am 3. November 2008 auch wieder mal ab (siehe 4.).
7. Das Parlament ruft am (3. November 2008) das Verwaltungsgericht an, das den Rechtsstreit entscheiden muss. Beide Parteien werden wahrscheinlich auch in die 2. Instanz gehen wollen.

**Fazit:** Sehr viel Hickhack um eine eigentlich ganz klare demokratische Angelegenheit: Siehe oben.

**Und:** Wie lange wollen wir uns so etwas noch bieten lassen?

**Mit Holpern werden wir leben können, nicht aber mit dem Kohle-Vergaser der KMW!**

## AK Bürgerbeteiligung

Der Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Linken Liste trifft sich im Büro der Linken Liste (Raum 305) im Rathaus, Schlossplatz.

Die nächsten Treffen des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung können im Fraktionsbüro (Telefon 31 54 26) erfragt werden.

# NEIN zur Dreckschleuder auf der Ingelheimer Aue!

# LiLi

## Linke Liste Wiesbaden

# JETZT den Stromanbieter wechseln!

[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)



**Mechthilde Coigné**, Stadtverordnete der Linken Liste Wiesbaden  
Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist es uns nicht möglich, alle Informationen in wünschenswerter Ausführlichkeit in unserer Zeitung darzustellen. Glücklicherweise gibt es aber das Internet; dort sind u.a. alle unsere Anträge, Anfragen und Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben.

**Schauen Sie doch mal rein.**

Und ganz besonders freuen wir uns über alle, die an konkreter Mitarbeit interessiert sind: Auch hier hilft das Internet zur Kontaktaufnahme weiter:

[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

6

Winter 2008/09

# Du sollst nicht lechts und rinks velwechsern!

Aufgrund der seit 2006 zunehmenden neofaschistischen Tendenzen in Wiesbaden stellte die Fraktion Linke Liste in der Septembersitzung des Stadtparlaments einen Antrag, der darauf abzielte, die brutalen Gewalttaten von hessischen NPD-Mitgliedern (darunter auch der stellvertretende Landesvorsitzende aus dem Kreisverband Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis) zu verurteilen und die Wiesbadener Bevölkerung zum Kampf gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus zu ermuntern.

**Des Weiteren wurde der Magistrat aufgefordert sich umfassend über die Aktivitäten der NPD und anderer neonazistischer Organisationen zu informieren und der Stadtverordnetenversammlung zur nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht vorzulegen.**

Dem vorausgegangen war eine Anfrage der Linken Liste in der Sitzung vom 28. August 2008 nach eben jenen Aktivitäten, auf die die Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz-Lorz die skandalöse Antwort gegeben hatte dem Magistrat lägen keine Kenntnisse [...] vor, dafür sei ausschließlich das Landesamt für Verfassungsschutz zuständig.

Dabei hatte es nur wenige Wochen vorher eine Sitzung des Ausländerbeirats gegeben, in der VertreterInnen des Wiesbadener Bündnis gegen Rechts ausführlich über neonazistische Umtriebe in Wiesbaden und dem Rhein-Main-Gebiet referiert hatten – im Beisein der Dezernentin!

Die Verantwortung für die Beschäftigung mit neofaschistischen Aktivitäten ausschließlich auf einen Geheimdienst zu schieben, der noch dazu offensichtlich auf dem rechten Auge blind ist, ist ebenso unerträglich. Die Linke Liste erwartet auch vom Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, dass er seine demokratische Verantwortung nicht an den Verfassungsschutz delegiert, sondern dass er zur Wachsamkeit beiträgt und antifaschistisches Engagement aus der Bürgerschaft unterstützt und nicht diskreditiert.

Was dann aber in der Septembersitzung geschah, setzt dem Ganzen dann aber jedoch die Krone auf. Bereits in der Fragestunde holte die CDU zum Rundumschlag aus: Die CDU echauffierte sich darüber, dass der Infoladen linker Projekte an den Kulturtagen im Westend teilnehmen durfte, wo doch dort „böse Linksextremisten“ wie die Rote Hilfe, die MLPD oder der RSB gemeinsam mit der Linken Liste verkehren. In diesem Zusammenhang wurde

auch die von der CDU-Landtagsfraktion initiierte Hetzkampagne gegen die Fraktionsmitarbeiterin der Linken Liste, Manuela Schon, weitergeführt, die sich an deren Mitgliedschaft in der Roten Hilfe entzündete. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: So lange in diesem Land, und dabei spielt Hessen eine besonders unrühmliche Rolle, Menschen dafür kriminalisiert werden, dass sie gegen Neofaschisten auf die Straße gehen, ist eine Organisation wie die Rote Hilfe für diejenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements in die Mühlen der Justiz geraten, unbedingt erforderlich.

Der Antrag der Linken Liste wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Stattdessen präsentierten CDU, Grüne, FDP und SPD einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel „Mahnen und Erinnern – gemeinsam gegen jede Form des Extremismus“. Während sich die Begründungsrede der Grünen noch ausschließlich auf Neofaschismus bezog, hätte die Rede von Parlamentsneuling Willem van't Paatje (CDU) jedem Verfechter der Totalitarismus- und Extremismustheorie (links = rechts) Tränen vor Rührung in die Augen getrieben. Eine Gleichsetzung von links und rechts stellt jedoch eine ungeheuerliche Verharmlosung des Nationalsozialismus und eine Verhöhnung seiner Opfer dar. So kann es dann auch nicht verwundern, dass (natürlich) die Republikaner in die gleiche Kerbe schlugen. Die SPD tat gut daran, dass sie nach diesen Redebeiträgen ihre Unterstützung zu diesem gemeinsamen Antrag zurückzog – es hinderte sie jedoch keineswegs daran dem Antrag dennoch zuzustimmen.

Was steckt dahinter? Die Extremismusformel ist ein politisches Mittel zur Immunisierung des liberalen Verfassungsstaates gegen jegliche Kritik. Sie ist damit ein Instrument der schleichenden Entdemokratisierung unserer Gesellschaft. Der Staat reagiert mit verstärkter Repression auf Kritik und Widerstand (Stichwort „Schäuble 2.0“).

**Die Linke Liste ist der Meinung: Wenn die Parteien von CDU, FDP und SPD es wirklich ernst meinen mit ihrem Kampf gegen den Neofaschismus, dann sollen Sie beim nächsten Neonaziaufmarsch endlich demokratische Farbe bekennen und die Proteste dagegen unterstützen. Ansonsten kann der Antrag nur auf eine Weise verstanden werden: Als Diskreditierung eines politischen Gegners, vor dem man langsam aber sicher Angst bekommt, weil der Zuspriech in der Bevölkerung steigt.**



# Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten: Von der Stadtverordnetenversammlung nicht unterstützt

**Am 27. August berichtete die Frankfurter Rundschau, dass zwei geplante Klassenfahrten der Hermann-Ehlers-Schule zu KZ-Gedenkstätten nicht stattfinden könnten, da die dafür benötigten Mittel nicht zur Verfügung stünden.**

Es ist zwar grundsätzlich möglich finanzielle Unterstützung bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung zu beantragen, diese Mittel waren jedoch bereits zu einem großen Teil ausgeschöpft und unterlagen zudem einer vom Landtag verhängten Haushaltssperre.

Die Linke Liste handelte sofort und stellte am darauf folgenden Tag einen Dringlichkeitsantrag, der zum Ziel hatte, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden die anfallenden Kosten übernimmt. Die für die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung notwendige 2/3-Mehrheit kam nicht zustande, weil alle Fraktionen, mit Ausnahme der Linken Liste, dagegen stimmten.

Es ist nicht zu fassen, dass es in einer reichen Stadt wie Wiesbaden nicht möglich ist 18 Euro pro Schüler für eine so wichtige Fahrt aufzubringen. Die Erinnerung an die grausamen Verbrechen der Nationalsozialisten und die Leiden ihrer Opfer ist nirgendwo so präsent wie an authentischen Orten. Die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen dient auch der Bewusstseinsbildung und Werteerziehung der Jugendlichen. Sie sollen lernen wie wichtig es ist, die Menschenrechte zu achten und sich für ihren Erhalt einzusetzen.

Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer alarmierenden Studie herausfand, dass 9 % der Deutschen über

ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen und in der jedem vierten Deutschen ausländischerfeindliches Denken attestiert wird.

Nur wenige Woche zuvor war eine 13-Jährige Schülerin in Nordhessen von einem 19-Jährigen brutal zusammengeschlagen worden, so dass sie mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Solchen Tendenzen müssen wir entschlossen durch Aufklärung und Mahnen entgegenwirken.

Glücklicherweise konnte die Fahrt trotz der Ignoranz der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen noch gerettet werden: Ein Privatmann spendete 300 Euro, das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts, der Wiesbadener Kreisverband der Partei DIE LINKE und die Wählergemeinschaft Linke Liste jeweils 100 Euro oder mehr.

Die Berichte der teilnehmenden SchülerInnen zeigen, dass der Besuch des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau seine Wirkung nicht verfehlt hat. Einige von Ihnen weinten angesichts der erschütternden Dokumentation.

Die Linke Liste wollte es deshalb nicht darauf beruhen lassen und beantragte die Einrichtung eines Fonds für solche Fahrten. Im Ausschuss für Schule und Kultur kam dann Erstaunliches ans Licht: Schuldezernentin Rose-Lore Scholz berichtete, dass es bereits einen Fonds für Klassenfahrten gäbe, aus dem auch schon in der Vergangenheit Fahrten zu KZ-Gedenkstätten finanziert wurden. Für das Jahr 2008 seien auch noch Mittel verfügbar, die Schulleiterin habe diese jedoch nicht gewollt. Nur leider wusste diese davon gar nichts...

## Linke Liste mit einem Vertreter im Seniorenbeirat der Stadt!

Erfolgreich endete die Wahl zum Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 10. Oktober letzten Jahres für die Linke Liste: Gottfried Schmidt, 61 Jahre, selbstständiger Grafiker, wohnhaft in Bierstadt, wurde für fünf Jahre in das aus 21 Personen bestehende Gremium gewählt.

Die Linke Liste hat unter dem Titel „*Altern in Wiesbaden*“ ihre programmatischen Überlegungen zusammengefasst und über das Internet ([www.lili-wiesbaden.de](http://www.lili-wiesbaden.de)) öffentlich gemacht. Kerngedanke ist dabei: „*Unser Ziel ist die Herstellung von Öffentlichkeit und die Aktivierung und Beteiligung der Betroffenen selbst. Unsere Arbeit im*

*Beirat versteht sich als parlamentarische Ergänzung zu den außerparlamentarischen Aktivitäten älterer Menschen in unserer Stadt.*“

Anregungen und Kritik können weiterhin telefonisch (0611-2043816) oder per Mail an Gottfried Schmidt ([dr\\_g\\_schmidt@t-online.de](mailto:dr_g_schmidt@t-online.de)) weitergegeben werden. Bei der Linken Liste hat sich des weiteren ein „Arbeitskreis Altern in Wiesbaden“ gebildet, in dem Interessierte sich monatlich treffen und über künftige Aktivitäten und Projekte beraten. Wer sich mit bestimmten Themen an die LiLi wenden will oder allgemein Interesse am Diskutieren und Mitarbeiten hat, ist gerne gesehen.

Da muss man ja wollen!

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Einsenden bzw. faxen (06 11) 31-59 17 an Fraktion  
Linke Liste, Rathaus, Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden  
E-Mail: [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de)

Sie müssen ...

Dann senden wir Ihnen Infomaterial zu, laden Sie zu Versammlungen ein und schicken Ihnen diese Zeitung in Zukunft sogar nach Hause!

... nur wollen!

## Ergebnis der Wahlen zum Wiesbadener Seniorenbeirat am 10. Oktober 2008:

68795 Wahlberechtigte, 21592 Wähler, **CDU 7055 Stimmen (32,76 %, 7 Sitze)**, **SPD 3271 (15,19 %, 3)**, Kirchen 2650 (12,31 %, 3), **ASB 2315 (10,75 %, 2)**, **VDK 2172 (10,09 %, 2)**, Sozialwerk, Lebensabend, Nachbarschaft, Rentnerbund: 1132 (5,26 %, 1), **FDP 959 (4,45 %, 1)**, **LiLi 606 (2,81 %, 1)**, **AWO 582 (2,7 %, 1)**, **Verdi 539 (2,5 %, 0)**, **Grüne 254 (1,18 %, 0)**, ungültig 57 (0,26 %, 0).

LiLi



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

Winter 2008/09

7

# Vom Zeitungssterben und dem bisschen Umweltbelastung



Peter Silbereisen, OB-Kandidat und LiLi-Ombudsmann

Innerhalb der Konkurrenzwirtschaft sind auch Zeitungen in der Regel Kapitalbetriebe und müssen um Gedeih und Verderb ihr Kapital vermehren. Dadurch verlieren sie jedoch ihre Unabhängigkeit; denn Journalisten erhalten in der Regel „Zeilengeld“ und müssen daher Recherche, Umfang und Veröffentlichung ihres Berichts mit dem Brötchengeber abstimmen, im Zweifel also zensurieren lassen. Unabhängige Berichterstattung verträgt weder Chefredakteur, noch Intendanten, Anzeigenkunden oder sonstige Marktbedingungen. Das war schon immer so.

Neu sind hingegen die Umstände, unter denen das heute passiert: Das Internet (vor allem wenn kostenlos) stiehlt der Druckausgabe zunehmend Leser und Anzeigen, so dass selbst die „Zeit“ unter Todesangst die Marktgesetze bejammert, denen sie doch bisher so begeistert diente (Seite 1 am 14. August 2008). Und immer mehr Verleger verlieren ihre Unabhängigkeit zugunsten einer Einbindung in rasend wachsende Medien- oder gar Mischkonzerne.

Denen aber ist die Verbreitung einer Nachricht nicht um ihrer selbst willen wichtig, sondern einzig unter dem Aspekt der Gewinne des Gesamtkonzerns. Bekommt also ein Produkt des Konzerns schlechte Beurteilungen, wird nicht das Produkt, sondern seine Beurteilung in der hauseigenen Presse verändert oder vom Markt genommen, Vorgaben der Politik mit Pressekampagnen bombardiert: Da fällt manch kritischer Bericht über Gesetze oder Waren ins Wasser und eine wirklich seriöse Berichterstattung findet nur noch selten statt.

Auf der anderen Seite muss auch die Konkurrenz durch Rationalisierung in Schach gehalten werden, bei der „Rhein-Main-Presse“ z.B. mit Hilfe zusammgelegter Redaktionen. Viele Journalisten müssen unter zunehmendem Druck jetzt auch sonntags und nachts arbeiten, etliche als reine Schreibkräfte. Selbst der früher noch als peinlich angesehene Fehlerteufel aalt sich mittlerweile überall genussvoll trotz automatischer

Korrekturhilfe: Das Gegenlesen wurde also ebenfalls wegrationalisiert ...

In diesem Zusammenhang wächst natürlich die Bedeutung der Recherche im Internet gegenüber der vor Ort, oft auf Kosten der Qualität: Wie und von wem z.B. Grenzwerte festgesetzt werden, erschließt sich nur kritischen, „investigativen“ Journalisten. Denn „natürliche“ Grenzwerte gibt es weder für Mobilfunkstrahlen, noch für Uran oder Chemie im Trinkwasser und können aktuellen Untersuchungen häufig nicht standhalten (siehe beiliegende Leserbriefe von LiLi-Ombudsmann Silbereisen Seite 3).

So warnt z.B. das Europäische Umweltamt sehr laut vor den Gefahren des Mobilfunks und auch das Bundesumweltministerium empfiehlt (zusammen mit den Netzbetreibern!) letztlich Eigen- und Kinderschutz ...

Besonders leicht kann man bei oberflächlichen Recherchen natürlich auf fertige, perfide getarnte Promotions-Artikel hereinfallen, so genanntes Greenwash: Da werden Fakten verschwiegen, verleugnet, verdreht und mit einem „seriösen“, „wissenschaftlichen“, „sachlich-überparteilichen“ Aufkleber versehen. Einem solchen Bastard könnte z.B. der Autor des Biomasse-Artikels vom 4. August 2008 aufgesessen sein ...

Sehr auffällig ist aber auch, dass just die beiden Leserbriefe bezüglich Trinkwasser (Seite 3) innerhalb kürzester Zeit vom Kurier ohne Begründung abgelehnt wurden, ohne dass darüber z.B. vorher oder nachher weitere Leserbriefe zu finden waren: Ob das etwas über das Wiesbadener Wasser zu bedeuten hat? Oder eher über den Wiesbadener Kurier? Möglicher Weise auch über leichtfertigen Umgang der Wiesbadener Behörden mit der Gesundheit von 270.000 Menschen.

Auf jeden Fall ist es jetzt aber endlich Zeit für die Gründung der LiLi-AG „Gesundheit und Umwelt“. Interessentinnen und Interessenten können sich an das Fraktionsbüro der Linken Liste wenden (siehe Seite 3).

## Antrag der Linken Liste (LiLi) zur Nutzung der Rheinwiesen in Mainz-Kastel:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird aufgefordert, dem Ortsbeirat Kastel die Angelegenheit Benutzungsordnung Rheinwiesen in Mainz-Kastel inklusive dem Vorschlag des Magistrates in der Sitzungsvorlage 07-V-67-0013 erneut zur Beratung vorzulegen, um eine akzeptable Einigung über die Nutzung der Rheinwiesen herbeizuführen und den Rechtsstreit zwischen Nutzern und Landeshauptstadt Wiesbaden beizulegen.

Wir schlagen vor, nicht das Heil in jahrelangen gerichtlichen und außergerichtlichen Auseinandersetzungen zu suchen, sondern den Versuch zu unternehmen, die Angelegenheit umgehend an den Ortsbeirat zurückzugeben, mit der dringenden Bitte, die von ihm gewünschte Altersbegrenzung für das Kicken fallenzulassen und den Weg freizumachen dafür, dass die Kasteler Rheinwiesen von Bürgerinnen und Bürgern vielfältig genutzt werden können, in gegenseitigem Respekt und zur Zufriedenheit aller.“

**Dieser Antrag wurde am 28. August 2008 von Jamaika und SPD mehrheitlich abgelehnt: Der Streit kann also auch im 9. Jahr munter weitergehen – auf unser aller Kosten und letztlich zum Schaden aller Beteiligten ...**

LiLi



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden